

Antrag

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

vom: 15.03.2006
eingegangen: 15.03.2006**23. Sitzung des Gemeinderates am 09.05.2006****TOP 21**

Vorlage Nr. 668

Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich Dez. 2

Einstreifige Verkehrsführung in der Karlstraße

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Aus Leistungsgründen ist derzeit eine einspurige Führung der Karlstraße ab der Erbprinzenstraße in Richtung Stephaniestraße nicht möglich.

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig!

Finanzielle Auswirkungen nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.

Ergänzende Erläuterungen:

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO) nein ja durchgeführt amAbstimmung mit städtischen Gesellschaften nein ja abgestimmt mit

Der Wegfall der zweiten Aufstellspur in der Zufahrt des Knotens Karl-/Kaiserstraße unter den bestehenden Randbedingungen ist zur Aufrechterhaltung der Leichtigkeit des Verkehrs derzeit nicht möglich.

Zur Zeit können sich die Fahrzeuge über eine Länge von etwa 35 m (5 – 6 Kfz.-Längen) parallel aufstellen. Damit können pro Stunde etwa 300 Kfz. mehr die Lichtsignalanlage passieren, als dies bei einer einspurigen Lösung möglich wäre.

Am Knoten Karl-/Amalienstraße treten rund 400 Kfz/Spitzenstunde im Geradeausstrom auf, welche noch mit einer Spur abgewickelt werden können. Aus der Amalienstraße fahren jedoch zusätzliche Fahrzeuge auf die Karlstraße in Richtung Norden, so dass am Knoten Karl-Kaiserstraße fast 600 Kfz/Spitzenstunde abgewickelt werden müssen. Unter den bestehenden Randbedingungen ist dies jedoch mit nur einer Fahrspur nicht mehr möglich. Ein Rückstau an dem Knoten könnte nur verhindert werden durch

- Grünzeitverschiebung zu Lasten der Fußgänger und Straßenbahnen oder
- eine Verdrängung von Fahrten aus der Karlstraße heraus, was insbesondere in der Reinhold-Frank-Straße zu Mehrbelastungen führen würde.